

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Helmut Becker MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, analysiert die Ausbildungspolitik der Bundespost: Chancen für viele Heranwachsende. Seite 1

Lothar Löffler MdB erinnert an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946. Seite 3

Dokumentation

Der Appell des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Hans-Jochen Vogel, an die Einwohner der geteilten Stadt: Der Vernunft Gehör verschaffen. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 75

21. April 1981

Ein guter Ruf

Bundespost ist größter Ausbildungsbetrieb im öffentlichen Dienst

Von Helmut Becker MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

16.700 Jugendlichen bietet die Bundespost 1981 eine Fachausbildung. Sie stellt damit jeden zweiten Ausbildungsplatz, der im öffentlichen Dienst angeboten wird. Nachwuchssorgen gibt es für die Bundespost kaum. Den freien Ausbildungsplätzen steht ein Überangebot an Bewerbungen gegenüber. Die Bewerbungstermine für 1981 sind fast in allen Bezirken bereits abgelaufen. Gesucht werden noch Ingenieure und Diplom-Ingenieure für den gehobenen beziehungsweise höheren technischen Dienst.

Die Bundespost hat als Ausbildungsbetrieb einen guten Ruf. Besonders begehrt sind die Ausbildungsplätze für handwerkliche Berufe. Die Deutsche Bundespost leistet damit einen erheblichen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundespost sind zahlreich. Sie reichen vom Handwerk bis zum Einstieg in die verschiedenen Beamtenlaufbahnen. Entsprechend variieren die Einstellungsvoraussetzungen.

Hauptschulabgänger, die sich für einen handwerklichen Beruf interessieren, bildet die Bundespost zum Fernmeldehandwerker, Elektromechaniker oder Kraftfahrzeugmechaniker aus. Kundenbezogen dagegen ist die Ausbildung zur Dienstleistungsfachkraft im Postbetrieb. Das erste Jahr der Ausbildung absolvieren die Hauptschüler in einer berufsbildenden Schule. Es folgen zwei praxisbezogene Ausbildungsjahre, in denen die angehenden Dienstleistungsfachkräfte auf ihren Einsatz als Zusteller und Paketschalterbeamte vorbereitet werden. 1981 werden nahezu 10.000 Lehrstellen für Hauptschüler angeboten, knapp die Hälfte davon im Handwerk.



Realschüler können sich um diese Lehrstellen natürlich auch bewerben. Ihnen offeriert die Bundespost aber noch andere Ausbildungsmöglichkeiten. Sie können sich als Nachwuchskräfte für die mittlere Beamtenlaufbahn ausbilden oder für Spezialaufgaben bei den Postscheck-, Postsparkassen- und Fernmeldeämtern einstellen lassen. Die Grundausbildung für die "Spezialisten" ist fachbezogen und dauert 15 Wochen. Knapp 6.000 Ausbildungsplätze stehen 1981 für Realschulabgänger bereit.

Das Abitur oder ein vergleichbarer Abschluß sind die Voraussetzung für den Einstieg in die gehobenen Beamtenlaufbahnen. Die Ausbildung dauert drei Jahre für Bewerber, die sich für den gehobenen Betriebs- und Verwaltungsdienst entscheiden. Sie schließt fachtheoretische und berufspraktische Studiengänge an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung ein. Für den gehobenen technischen Dienst stellt die Bundespost Ingenieure ein, die eine Fachhochschule für Elektrotechnik, Maschinenbau oder Hochbau absolviert haben. Ihre Ausbildung bei der Bundespost dauert ein Jahr.

Schließlich bietet die Bundespost 1981 knapp 100 Stellen in den höheren Beamtenlaufbahnen an. Bewerber mit bestimmtem abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulstudium leisten als Referendare bei der Bundespost ihren Vorbereitungsdienst und legen anschließend die große Staatsprüfung ab. Als Beamte auf Probe stellt die Bundespost Bewerber mit der großen juristischen Staatsprüfung ein. Für sie verkürzt sich die Einführung auf neun Monate.

Im Ausbildungsbetrieb Bundespost bereiten sich zur Zeit rund 30.000 Jugendliche auf ihren Beruf vor. Nahezu jeder vierte von ihnen ist eine Frau. In allen Berufssparten der Bundespost haben Mädchen und Frauen die gleichen Chancen wie Männer. Dennoch sind Mädchen und Frauen in vielen Bereichen noch unterrepräsentiert. In den gewerblich-technischen Berufen zum Beispiel liegt ihr Anteil bei nicht mehr als zwei von Hundert. Ähnlich sieht es im gehobenen und höheren Dienst der Post aus. Auch hier sind Mädchen und Frauen mit fünf von Hundert beziehungsweise zehn von Hundert noch in der Minderheit.

Im Rahmen von Modellversuchen sucht die Bundespost nach Wegen, um Mädchen und Frauen auch für gewerblich-technische Berufe zu interessieren und die überkommenen Vorstellungen vom traditionellen Frauenberuf abzubauen. Ein erster Erfolg zeigt sich bereits im Fernmeldehandwerk. Während 1976 nur 123 Mädchen diese Ausbildung absolvierten, waren es 1980 immerhin schon 400 weibliche Lehrlinge.

Qualifizierte Ausbildung, wie sie die Bundespost bietet, hat heute einen hohen Stellenwert. Entsprechend groß ist die Nachfrage. Wer sich rechtzeitig bewirbt, hat eine reelle Chance, einen Ausbildungsplatz bei der Bundespost zu erhalten. Interessierte Jugendliche können die Bewerbungstermine bei den Post- und Fernmeldeämtern erfahren. Dort erhalten sie auch Faltblätter mit Informationen über die verschiedenen Berufsbilder und Verdienstmöglichkeiten.

(-/21.4.1981/ks/lo)

* * *



Am 12. April 1946 schwanden die Illusionen

Zum Kampf der Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung

Von Lothar Löffler MdB

Wie war es möglich, daß die erste deutsche Demokratie von Hitler und seinen Helfern in eine brutale Diktatur umgewandelt werden konnte? - Mit dieser Frage setzten sich die deutschen Demokraten von 1933 bis 1945 in der inneren und äußeren Emigration auseinander oder quälten sich gar mit ihr herum - je nach dem Grad der Empfindsamkeit für politische Verantwortung.

Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg und danach nicht gespalten hätte, vielleicht wäre sie ein so starker Faktor in der Weimarer Republik geworden, daß dieser Staat nicht zur Beute Hitlers und seine Vor- und Mitläufer geworden wäre. Diese Überlegung ließ viele Sozialdemokraten nicht los - besonders jene nicht, die in den Zuchthäusern und Lagern saßen, wo sich eine neue Solidarität der Antifaschisten bildete, unter Einschluß der Kommunisten.

Ich erinnere mich an die letzten Kriegsmomente, wie mir, dem 15jährigen, mein Vater den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu erklären versuchte. Nach einer schweren Bombennacht, angesichts der brennenden Stadt Berlin sagte er: "Wenn dieser sinnlose Krieg erst einmal zu Ende ist, wird vieles, was uns vor 1933 trennte, nicht mehr wichtig sein. Beide Seiten werden geehrt haben und daraus Konsequenzen für die Zukunft ziehen." Das war keine Einzelmeinung; viele alte Sozialdemokraten dachten so.

Das Ende des Krieges brachte zunächst ein Besatzungsregime, in dem die Militärgouverneure in ihren Zonen die gesamte Macht verkörperten. Kurz vor dem Zusammenbruch hatte das Kommando der 1. Bjelorussischen Front folgenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen: "Mit dem heutigen Tag seid Ihr von den Schrecken des Krieges erlöst. Von Euch selbst hängt die schnelle Herstellung eines normalen Lebens in Städten und Dörfern ab." - Das klang nicht schlecht.

Nach Etablierung der militärischen Besatzungsbehörden waren dann allerdings bewährte Demokraten mit eigener Meinung nicht gefragt. Willige Befehlsempfänger und bedingungslose Jasager wurden bevorzugt. Diese fanden die sowjetischen Besatzungsoffiziere nicht unter den gestandenen Sozialdemokraten, Kommunisten, einige gutgläubige bürgerliche Politiker und jede Menge Opportunisten und Renegaten nahmen die wichtigsten Verwaltungsstellen ein. Von Demokratie und Freiheit, wonach sich die Menschen nach den zwölf dunklen Jahren sehnten, war wenig zu spüren. An der grundsätzlichen Einstellung vieler Sozialdemokraten zur politischen Einheit der Arbeiterschaft änderten diese Zustände zunächst nichts. Aber die Skepsis wuchs.

Am 10. Juni 1945 erließ der oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland seinen Befehl Nr. 2, der die Bildung von antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften vorsah. Im Gründungsauftrag der SPD (15. Juni) wurde die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse gefordert. Die Kommunisten unter Pieck und Ulbricht verhielten sich zunächst hinhaltend; ihnen war die Gründung eines Blocks antifaschistischer Parteien wichtiger und vordringlicher. Im übrigen erweckte der Aufruf der KPD viele Hoffnungen. In ihm war zum Beispiel die Rede davon, die "bürgerlich-demokratische Umbildung" von 1848



zu Ende zu führen und daß es falsch wäre, "Deutschland das Sowjet-System aufzuzwingen". In den nächsten Wochen kam es zur Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen von SPD und KPD, die die Voraussetzungen für die Einheit des arbeitenden Volkes und Schaffung eines festen Blocks mit anderen Parteien erarbeiten sollten. Eine gründliche und breite demokratische Diskussion über die geistigen, programmatischen und organisatorischen Grundlagen einer künftigen Einheitspartei gab es aber weder jetzt noch später. Die meisten Sozialdemokraten bestanden darauf. Dabei wurden sie von den Genossen in den Westzonen unterstützt.

Am 14. September 1945 hielt Otto Grotewohl, der Vorsitzende der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, seine bedeutende Rede "Wo stehen wir, wohin wollen wir?" In ihr stellte er fest, daß die Voraussetzungen für die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien noch nicht geschaffen wären. Als wichtigste Voraussetzung wurde von den Mitgliedern der SPD ein "Reichsparteitag" angesehen, der über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien demokratisch beschließen sollte. Keineswegs durfte die Vereinigung nur in einer Besatzungszone vollzogen werden. Ganz richtig sahen viele Sozialdemokraten darin einen Schritt zur Spaltung Deutschlands.

Im November 1945 fanden in Ungarn und Österreich Wahlen statt, in denen sich die Kommunisten eine klare Niederlage holten. In Österreich erhielten sich nicht einmal sechs Prozent der Stimmen. Von nun an wurde von der sowjetischen Militär-Administration und den Kommunisten ein forciertes Vereinigungskurs eingeschlagen, den viele führende Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone mehr unter Druck als freiwillig mitmachten.

Den Druck habe ich selbst erleben müssen. Mein Vater, Anhänger der Idee eines gesamt-deutschen Parteitages, wurde immer häufiger zu Gesprächen mit dem Polit-Offizier des Bezirkes Treuenbrietzen, Kapitän O., bestellt. Eines Nachts kam er zurück und meinte, er schlosse nun nicht mehr aus, daß er wohl bald wieder verhaftet werde. Bei dem vorangegangenen Gespräch hatte ihn Kapitän O. gefragt: "Wieviele Jahre haben Sie für Ihre Überzeugung im Gefängnis gesessen?" - "Sieben Jahre, Herr Hauptmann." - "Dann werden wir Sie wohl noch einmal sieben Jahre einsperren müssen, damit Sie erkennen, was für die Arbeiterklasse das wichtigste Gebot ist." Gegenfrage meines Vaters: "Wie lange haben Sie für Ihre Überzeugung gesessen?" - Erstaunter Blick des Offiziers: "Überhaupt nicht." - "Wie wäre es, wenn Sie erst einmal sieben Jahre für Ihre Überzeugung hinter Gitter gingen? Vielleicht verstehen wir uns dann besser."

Wenige Tage danach war es soweit: Mein Vater verschwand einige Wochen in den NKWD-Kellern. Seine Freunde wußten nun, was die Stunde geschlagen hatte.

In den ersten Wochen des Jahres 1946 überschlugen sich die Ereignisse. Hier einige der wichtigsten Stationen:

- 3. Januar: Otto Grotewohl bietet Wilhelm Pieck zu seinem 70. Geburtstag die Einheit an und appelliert an die westdeutschen SPD-Anhänger, sich der Verschmelzung nicht zu verschließen.
- 15. Januar: Es wird die gemeinsame Zeitschrift "Einheit" gegründet.
- 11. Februar: Der Zentrallausschuß der SPD spricht sich für einen Zonenparteitag aus, da ein Gesamtparteitag gegenwärtig nicht zu erreichen ist.
- 22. Februar: Wilhelm Pieck bezeichnet Kurt Schumacher als Reaktionär, weil er unter den gegenwärtigen Bedingungen gegen die Vereinigung ist.



- 26. Februar: Die Parteileitungen von SPD und KPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung für den 21./22. April die Abhaltung des Vereinigungskongresses.

Überall dort, wo sie ihre Stimme erheben konnten, nahmen die Parteimitglieder Art und Tempo des Vereinigungsprozesses nicht hin. Am 1. März 1946 beschloß mit großer Mehrheit eine Berliner Funktionärskonferenz auf Antrag von Franz Neumann eine Urabstimmung über die Frage der Vereinigung. Auch Grotewohl konnte trotz seines erheblichen Redeinsatzes diesen Beschluß nicht verhindern. Im sowjetischen Besatzungsgebiet wurde die Urabstimmung der Sozialdemokraten von der Militärverwaltung nicht genehmigt. Nur in den Westsektoren Berlins fand sie am 31. März 1946 statt. Ihr eindeutiges Ergebnis und der große Wahlerfolg für die SPD im Herbst 1946 bewiesen: Das deutsche Volk war wieder auf dem Weg der Demokratie, und Sozialdemokraten - wie immer, wenn es um die Durchsetzung der Demokratie ging - standen an der Spitze.

Einen Tag vor dem Vereinigungsparteitag sprach Kurt Schumacher im Admirals-Palast am Wedding. Er erhielt starken Beifall in dieser einstigen Hochburg der KPD, als er sagte, daß es nach den bisherigen Ereignissen im sowjetischen Besatzungsgebiet nicht um eine Vereinigung gegangen sei, sondern um eine Eroberung der SPD mit Methoden von abschreckender Wirkung.

Am 22. April 1946 kam es dann im Admirals-Palast zu dem wirkungsvoll inszenierten Händedruck zwischen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck. Aber dieser Händedruck symbolisierte nicht die Einheit der Arbeiterschaft, sondern die Unterwerfung eines Teiles Deutschlands unter die Vormachtbestrebungen einer Besatzungsmacht. Kurt Schumacher hatte das klar wie kein anderer erkannt: "Die deutsche Arbeiterklasse und all die Menschen, die jetzt gewillt sind, sich der Sozialdemokratie geistig und politisch anzuschließen, sind uns einfach zu schade dazu, das bloße Instrument einer fremden Außenpolitik zu sein."

Dieser Bewertung ist auch aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen. Nach dem 22. April 1946 schwanden die Illusionen über die Ziele der sowjetischen Politik in Europa dahin.

(-/21.4.1981/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Appell des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Hans-Jochen Vogel, an die Bürger seiner Stadt.

Die Vernunft ist unteilbar

In unserer Stadt und in vielen anderen Städten geht die Sorge um. Der Hungerstreik hat in Hamburg ein Menschenleben gekostet. Er kann weitere Menschenleben fordern. Das wird gerade auch in Berlin bei jungen Menschen Betroffenheit auslösen und kann zur Verstärkung von Konfrontation und Gewalt ausgenutzt werden. Die Gefahr besteht, daß der Konsens zwischen den Generationen, ja selbst das Gespräch zwischen wichtigen Teilen unserer Gemeinschaft von Neuem auf Jahre hinaus zerbricht. Wie schon einmal - Ende der 60er Jahre.

Als Regierender Bürgermeister wende ich mich an alle, die in dieser Stadt leben mit der Mahnung, der Gewalt zu entsagen. Gewalt kann zerstören. Aufbauen, Neues und Besseres schaffen kann sie nicht. Das gilt für die fanatische Preisgabe des eigenen Lebens und für alle Formen der Gewalt gegen Personen oder Sachen. Der Staat ist verpflichtet, Haftbedingungen immer wieder zu überprüfen. Das ist in Berlin geschehen. Aber der Staat darf sich nicht erpressen lassen. Der Staat muß für jede Art von Kritik offen sein. Aber er muß der Gewalt seine Machtmittel entgegensetzen. Nur so bleibt er fähig, den Rechtsfrieden zu schützen.

Ich appelliere aber ebenso an alle, die in dieser Stadt leben, sich nicht zu verhärten. Wir dürfen die kritischen Teile der jungen Generation nicht aus unserer Gemeinschaft auswandern lassen oder sie gar ausschließen. Wir dürfen diejenigen, die Orientierung und Vertrauen verloren haben oder die über Fehlentwicklungen empört sind, nicht mit kriminellen Gewalttätern in einen Topf werfen. Quer durch die Parteien und Gruppierungen rufe ich dazu auf, der pharisäerhaften Selbstgerechtigkeit zu widerstehen und Toleranz zu üben. Auch gegen Meinungen und Lebensformen, die uns schwer erträglich erscheinen. Und ich warne davor, den Haß der Gruppen und Generationen gegeneinander noch zu schüren und anzustacheln.

Berlin kann einmal mehr ein Modell zum Guten oder zum Schlechten werden. Zum Schlechten, weil sich Polarisierung und Haß in einer Stadt ohne Umland rascher fortpflanzen als anderswo, weil Kampagnen hier das Klima schneller vergiften. Ich fordere alle auf, ganz persönlich mitzuhelfen, daß Berlin ein Beispiel zum Guten wird. Zu einem Ort des Friedens zwischen den Generationen; zu einer Stadt, die reformfähig bleibt, die neue geistige und politische Strömungen in sich aufnimmt. Die unterschiedliche Lebensformen miteinander versöhnt und ein guter Boden für Eigeninitiative und neue Formen des Zusammenarbeitens bleibt. Eine Stadt, die der starken Hand der Vernunft vertraut.

Aus diesen Gründen rufe ich auch dazu auf, daß sich politische Gegner in der Auseinandersetzung um diese Fragen nicht rücksichtslos und um jeden Preis übertrumpfen. Selbst um den Preis einer langdauernden Zerreißung unserer Gemeinschaft. Wir brauchen inneren Frieden, Entschlossenheit gegen Gewalt und Terror und Bereitschaft zum Dialog und zur Reform. Dafür ist es nicht zu spät. Ich werde dafür unbeirrt eintreten. Ohne Rücksicht darauf, was dies für die Wahl bedeutet. Vernunft ist unteilbar. (-/21.4.1981/ks/va)

+ + +

